

Gegenstand: Bericht des Jugendstadtrates

Herr Michel Salzer, der zum 1. März die Geschäftsstelle des Jugendstadtrats übernommen hat, stellt sich kurz dem Jugendhilfeausschuss vor. Der 26-Jährige kommt ursprünglich aus der Nähe von Tübingen und tritt nach seinem Politik- und Soziologiestudium in Speyer seine erste Stelle an. Er freut sich auf neue Kontakte und die kommenden Aufgaben.

Herr Martirosyan berichtet über das Anruf-Sammel-Taxi-Projekt, für das Flyer erstellt und an den Schulen verteilt wurden. So konnte sich der Jugendstadtrat gleichzeitig bei den Schüler*innen vorstellen. Zudem wurde der zweite Platz der Kinderrechte in der sogenannten „Grüne Mitte“ eingeweiht. Ebenfalls dabei war der Jugendstadtrat beim Dachverbandstreffen in Koblenz und hat dort neue Jugendparlamente kennengelernt und sich ausgetauscht.

Der Jugendstadtrat hat einen offenen Brief zu Thema Wahlalter ab 16 Jahren unterstützt, der an die Landtagsabgeordneten des Wahlkreises adressiert wurde.

Im Rahmen einer politischen Bildungsreise nach Berlin hat der Jugendstadtrat den Bundestag besucht und Einblicke in die Arbeit der Abgeordneten erhalten.

Daneben wurde das LGBTQ+ Jugendtreffen bei der Gründung unterstützt. Kommende Projekte sind der Brezelfestumzug, eine „School's Out Party“ am 14. Juli im Fifties und das geplante Freiluftkino in der Walderholung am 15. September.

18. Sitzung des Jugendhilfeausschusses der Stadt Speyer am 15.06.2023

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 2

Gegenstand: **Aufstellung der Vorschlagslisten zur Wahl der Jugendhaupt- und Jugendhilfschöffen für die Geschäftsjahre 2024 - 2028**
[Vorlage: 1511/2023](#)

Die Vorschlagslisten der Schöffen liegen den Anwesenden vor.

Die Listen sind dem Protokoll beigefügt.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt einstimmig die ihnen vorliegenden Listen.

Gegenstand: Entwicklung und Gestaltung einer inklusiven Kinder- und Jugendhilfe in Speyer
Vorlage: 1512/2023

Michaela Koch (Jugendhilfeplanung FB4) referiert über das Thema „Inklusion als kommunale Entwicklungsaufgabe“ und stellt dabei die konkreten Umsetzungsschritte und die Herausforderungen der Stadt Speyer vor. Entsprechend der 2009 eingeführten UN-Behindertenrechtskonvention hat jeder Mensch (mit und ohne Beeinträchtigung) das Recht auf volle und gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft. Derzeit besteht noch eine Trennung der Hilfesysteme für Kinder mit seelischen Behinderungen (Eingliederungshilfe SGB VIII) und Kinder mit körperlichen und/oder geistigen Behinderungen (Eingliederungshilfe SGB IX) unter dem Dach des Fachbereichs für Jugend, Familie, Senioren und Soziales. Durch den gesetzlichen Auftrag des KJSG (2021) sollen nun beide Eingliederungshilfen zu einer Anlaufstelle unter dem Dach der Jugendhilfe bis 2028 zusammengeführt werden, um Hilfen aus einer Hand für alle Familien mit Kindern und Jugendlichen zu ermöglichen. Dabei wird in drei Stufen vorgegangen: Stufe 1, Implementierung des Inklusionsgedankens und Schnittstellenbereinigung, läuft bereits seit 2020 und wurde unter anderem mit Workshops und dem Einrichten des Fachdienstes Eingliederungshilfe (SGB VIII) realisiert. Stufe 2 sieht die Einführung eines Verfahrenslotsens vor. Dieser hat u. a. die Aufgaben unabhängig zu beraten und zu unterstützen, Bedarfe zu analysieren und Handlungsempfehlungen für eine inklusive Jugendhilfe daraus abzuleiten. Zudem sollte er über umfassende Rechtskenntnisse verfügen. Die Stadt Speyer nimmt diesbezüglich an einem Modellprojekt teil, die mit einer Förderung der Personalkosten in Höhe von bis zu 37.500 Euro einhergeht. Begleitet wird das Projekt vom Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz. Der Verfahrenslotse wird zukünftig direkt der Fachbereichsleitung unterstellt sein. Um die 3. Stufe, die „Große Lösung“ und damit das gesetzte Ziel zu erreichen, müssen noch einige Herausforderungen überwunden werden. So sollte unter anderem eine zeitnahe Einstellung des Verfahrenslotsens realisiert und neue inklusive und infrastrukturelle Lösungen für Kitas und Schulen geschaffen werden.

Claudia Völcker (Leitung Kinder- und Jugendhilfe Diakonissen Speyer) stellt im Anschluss das Projekt „Inklusives Wohnen“ der Diakonissen Speyer vor. Das Projekt richtet sich an junge Menschen zwischen 17 und 27 Jahren, die aufgrund von körperlichen, geistigen und/oder seelischen Beeinträchtigungen auf eine inklusive Betreuung angewiesen sind. Die Betroffenen werden bei der Vorbereitung auf ein weitgehend selbstbestimmtes Leben unterstützt. Nach einer Bedarfsanalyse und der darauffolgenden Konzeptionierung folgt die Begleitung und Evaluation der Umsetzung. So wird es nach Wunsch der Beteiligten kleine Einheiten mit kontinuierlichen Ansprechpersonen geben sowie eine individuelle Unterstützung entlang der Hilfeplanung. Ebenfalls wichtig ist die sozialräumliche Nähe zum Erhalt sozialer Netzwerke und die Eltern-/Angehörigenarbeit. Auch an dieser Stelle müssen noch Barrieren überwunden werden. So gibt es bei dem rechtskreisübergreifenden Projekt noch Klärungsbedarfe beim Zusammenspiel der Akteure und noch viele zu klärenden Fragen an der Schnittstelle von Jugend- und Eingliederungshilfe.

Die Diakonissen Speyer führen das in Rheinland-Pfalz bislang einmalige Projekt in Kooperation mit dem Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz durch, finanziell gefördert wird das Projekt durch die Aktion Mensch.

Die Präsentation ist dem Protokoll beigelegt.

Gegenstand: Fortschreibung des Konzepts zur Mittelverwendung des Sozialraumbudgets (KitaZG)
[Vorlage: 1513/2023](#)

Herr Stöckel informiert über die Änderungen im Konzept des Sozialraumbudgets und bedankt sich gleichzeitig bei den Trägern, die bei der Umschreibung mitgewirkt haben. Bislang bestand das Konzept zum Sozialraumbudget aus 5 Säulen: Einsatz von Kita-Sozialraumarbeiter*innen, Mehrpersonal in Spiel- und Lernstuben, BE-relevantes Personal, Erhöhung Grundpersonalschlüssel und Erhöhung Leitungsfreistellung. Aufgrund der Tarifierhöhungen und grundsätzlichen Erhöhungen des Tarifs, reichen die zur Verfügung gestellten Mittel nicht mehr für alle fünf Säulen aus. Aus diesem Grund wurde mit den Trägern vereinbart, die letzte Säule zur Erhöhung der Leitungsfreistellung aus dem Konzept zu entfernen. Zusätzlich wird den Trägern durch eine Bündelung des Budgets mehr Einsatzspielraum gegeben.

Herr Holländer fügt hinzu, dass der Träger davon ausgeht, dass bei Abschluss der Trägervereinbarung der im Konzept veranschlagte Trägeranteil von 10% ebenfalls angepasst wird.

Herr Stöckel bejaht dies, merkt allerdings auch an, dass das Konzept bei Wegfallen des Trägeranteils noch einmal angepasst werden muss. Zudem kritisiert er die Vorgabe des Landes, BE-relevantes Personal über das Sozialraumbudget abzurechnen, da dies einen großen Teil des Sozialraumbudgets vereinnahmt.

Der Jugendhilfeausschuss beschließt einstimmig den folgenden

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt das überarbeitete Konzept zur Umsetzung des Sozialraumbudgets gem. § 25 Abs. 5 Kita-Zukunftsgesetz in Speyer.

Gegenstand: Unbegleitete minderjährige Ausländer*innen - aktuelle Information

Frau Kaci gibt eine Übersicht des bisherigen Sachstands. Die Anzahl an unbegleiteten minderjährigen Ausländer*innen (umA) ist erstmalig seit der Fluchtbewegung ab 2015 in der zweiten Jahreshälfte 2022 wieder stark gestiegen. In der Speyerer Erstaufnahmeeinrichtung kamen bis zu 10 umAs täglich an, im Jahresverlauf mussten über 200 junge Menschen vom Jugendamt vorläufig in Obhut genommen und versorgt werden. Zeitgleich hat sich die Situation ergeben, dass das Schwerpunktjugendamt Trier durch eine Überbelegung keine umAs aus Speyer mehr aufnehmen konnte. Aus diesem Grund wurde im Birkenweg eine Notunterkunft aufgebaut, die aktuell über 4 Zimmer mit 19 Notplätzen verfügt. Die umAs werden dort von pädagogischen Fachkräften betreut und versorgt, bis ein Weitertransfer in eine andere Kommune möglich ist. Seit Beginn des Jahres 2023 gibt es jahreszeittypisch einen Rückgang der neuankommenden umAs. Aktuell (Stand 15.06.2023) befinden sich 11 umAs in der Obhut der Stadt Speyer. Es wurden im laufenden Jahr bereits mehr umAs aufgenommen als letztes Jahr zur selben Zeit. Ab dem Sommer wird wieder mit mehr umAs gerechnet. Um die Situation besser koordinieren zu können und die Kolleg*innen des Stadtteilsozialdienstes zu entlasten, wurde eine zusätzliche Fachkraft eingestellt.

Derzeit ist es wahrscheinlich, dass das Jugendamt Trier den Kooperationsvertrag zwischen Speyer und weiteren Jugendämtern aufkündigt. Die Stadt Speyer befindet sich derzeit in Gesprächen mit dem Land und anderen Stellen, um eine Lösung für eine weiterhin zügige Verteilung zu finden.

Gegenstand: Informationen der Verwaltung

Herr Stöckel informiert über den aktuellen Stand des Neubaus der Kita Regenbogen in Speyer Nord. Der Hybridbau wird in Holzständerbauweise gefertigt, demnach werden die Fertigteile im Werk vorgefertigt und dann auf der Baustelle zusammengesetzt. Mit der Inbetriebnahme des Neubaus wird im 2. Quartal 2024 gerechnet.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung und bedankt sich herzlich für die Vorbereitung der Sitzung und die konstruktive Zusammenarbeit.

18. Sitzung des Jugendhilfeausschusses der Stadt Speyer am 15.06.2023



18. Sitzung des Jugendhilfeausschusses 15.06.2023 **Monika Kabs**

Hinweis: Diese Seite bitte nicht löschen! Enthält wichtige Seriendruck-Platzhalter für das Gesamtdokument!